

Baldo Blinkert

Der demographische Wandel im „Panik-Diskurs“

Vortrag auf dem Zukunftskongress der Universität Freiburg – 2007: „Humboldt-Labor: Die Uni experimentiert“

1.

Müssen wir wirklich mit dem Schlimmsten rechnen? Sterben die Deutschen aus? Geht unsere Wirtschaft zugrunde? Bricht das Rentensystem zusammen? Der demographische Wandel ist unausweichlich, aber in der öffentlichen Diskussion wird daraus ein „Panikdiskurs“, der seinen Niederschlag auch in der Politik findet.

In diesem Beitrag werde ich auf die folgenden Fragen eingehen:

1. Was sind die Tatsachen, was können wir als einigermaßen sichere Facts akzeptieren?
2. Was sind die damit in Verbindungen gebrachten Ängste und Scheinprobleme?
3. Was sind die mit dem demographischen Wandel verbundenen Chancen?
4. Was schließlich sind Probleme, für die wir dringend eine Lösung brauchen?

2.

Zu den Tatsachen ist zunächst nicht mehr viel zu sagen – nur ein paar Stichworte zu dem, was im Kern den demographischen Wandel ausmacht:

1. Gleichgültig, von welcher der Bevölkerungsvorausrechnungen man ausgeht, eines ist klar: Bis 2050 wird sich die Bevölkerungszahl deutlich verringern – von rund 82 Millionen auf eine Zahl, die je nach Vorgaben zwischen 65 und 75 Millionen liegen könnte. Das wäre eine Verringerung um 10 bis 20 %.
2. Verändern wird sich auch der Altersaufbau: der Anteil der älteren Menschen wird steigen, der Anteil der Kinder und Jugendlichen und der Menschen im erwerbsfähigen Alter wird dagegen sinken.

Die Gründe für diese Entwicklungen sind bekannt: die Steigerung der durchschnittlichen Lebenserwartung und eine niedrige Geburtenrate von etwa 1,4 Kindern pro Frau, die deutlich unter der für eine Selbstreproduktion erforderlichen Rate von 2,1 liegt. Diese Entwicklungen sind allerdings schon lange zu beobachten und verlaufen in allen Industriestaaten ungefähr in der gleichen Weise.

3.

Was wird aus dieser Entwicklung nun gemacht? Welche „Scheinprobleme“ werden konstruiert? Welche Mythen und Paniken werden produziert? Ich möchte hier 4 Paniken benennen:

Panik 1: „Das Ganze – also der demographische Wandel - ist eine pathologische Entwicklung, die auf ein fundamentales Versagen moderner Gesellschaften verweist“.

Dafür sorgen schon die Bilder: eine „gesunde Entwicklung“ wird durch das Bild einer Pyramide oder „Tanne“ symbolisiert – unsere angeblich kranke Entwicklung durch

eine „Urne“. Die Tanne ein Symbol für ein „gesundes Volk“, für Lebenskraft, die Urne als Symbol für Sterben und Untergang.

Aber diese angeblich so erstrebenswerte „Tanne“ beruht auf Verhältnissen, die niemand wirklich wünschen kann. Im Deutschen Reich im Jahr 1910 hatten wir eine hohe Geburtenrate, aber auch eine sehr hohe Kindersterblichkeit (jedes 6. neugeborene Kind ist gestorben) und eine sehr geringe Lebenserwartung, gerade einmal 45 Jahre bei Frauen. Das hat dann zu der so „schönen Tanne“ geführt. Der Bevölkerungsaufbau in der Form einer „Urne“ ist also kein Zeichen für das Versagen moderner Gesellschaften, sondern im Gegenteil ein Indikator für ihren Erfolg.

Panik 2: „Die Deutschen sterben aus! Deutschland schrumpft“.

Die Begriffe „aussterben“ und „schrumpfen“ lassen etwas Schlimmes erwarten: den Untergang, ein sterbendes Volk.

Aber was passiert wirklich? Wie sehen die Relationen aus? Im 19. Jahrhundert, 1871, lebten in dem sehr viel größeren Deutschen Reich rund 40 Millionen Menschen – 2050 wären es zum Höhepunkt des Schrumpfens sogar noch 30 Millionen mehr. Und betrachten wir einmal die Bevölkerungsdichte: in Deutschland leben 231 Einwohner auf dem Quadratkilometer – in Frankreich nur 110, in den Vereinigten Staaten 52 und in Finnland nur 15. Stehen diese Länder kurz vor ihrem Untergang? Wäre es nicht ein Gewinn für uns Deutsche, wenn wir in einem weniger dichten Land leben würden? Um zu Verhältnissen zu kommen wie in Frankreich, in das wir alle gerne reisen, dessen Lebensqualität wir schätzen, müsste unsere Bevölkerung sogar noch sehr viel mehr schrumpfen als uns vorhergesagt wird. Wir haben wohl allen Anlaß, dieses Schrumpfen zu begrüßen und etwas hoffnungsvoller in die Zukunft zu blicken. Und nur vor dem Hintergrund eines völkisch-nationalen Gedankengutes sieht das vielleicht anders aus.

Panik 3: „Unsere Sozialsysteme brechen zusammen. Die Renten sind nicht mehr finanzierbar. Die Alten bereichern sich auf Kosten der Jungen“.

Argumentiert wird mit dem sogenannten „Altenquotient“. Das ist die Zahl der über 60jährigen pro Hundert 20 bis 60jährige. Dieser Quotient liegt heute bei 44. Für das Jahr 2050 wird nun ein Altenquotient von 78 vorhergesagt. Wie sollen die Jungen, die Erwerbstätigen dann diese Last schultern? Wäre es nicht gerecht, wenn die Älteren Abstriche hinnehmen und mit einer geringeren Rente zufrieden sind? Diese Rechnung ist irreführend und ideologisch:

Sie berücksichtigt nicht, dass sich nicht nur der „Altenquotient“ ändert, sondern auch der „Jungenquotient“: das sind die Kinder und Jugendlichen, die von den Menschen im Erwerbsalter alimentiert werden müssen. Und die panikauslösende Rechnung geht davon aus, dass das faktische Renteneintrittsalter unverändert bei 60 Jahren bleibt. Das ist aber sicher unrealistisch. Wenn wir davon ausgehen, dass das

tatsächliche Rentenalter auf den Wert von 65 Jahren steigen wird, würde sich folgende Berechnung ergeben:

Heute hätten wir einen Alimentationsquotienten (Ältere und Junge pro 100 Personen im mittleren Alter) von 82 – im Jahr 2050 von 85. Die erwartbaren Veränderungen wären also minimal und problemlos zu verkraften. Außerdem wird nicht berücksichtigt, dass die Produktivität vermutlich auch künftig steigen wird. Wenn wir eine moderate Steigerungsrate von 1.25 % pro Jahr annehmen (wie von der Herzog-Kommission), würde die Produktivität bis 2050 um 84 % zunehmen. Und wenn wir voraussetzen können, dass Produktivitätsfortschritte sich auch in Einkommenssteigerungen bei den Beschäftigten umsetzen, würde ein heutiges Einkommen von 3000 € preisbereinigt auf rund 5600 € steigen. Bei der derzeitigen Abgabe von rund 20 % für die Finanzierung der Renten bleiben heute im Durchschnitt 2400 € übrig. Nehmen wir an, die Abgabelasten würden bis 2050 deutlich auf 30 % steigen. Netto würden dann noch immer rund 3900 € bleiben, also eine Einkommenssteigerung bei den Erwerbstätigen von rund 63 % gegenüber heute.¹

Wem nützt dann aber der Panik-Diskurs? Sicher all denen, die ein Interesse daran haben, die Einkommensentwicklung von der Produktivitätsentwicklung abzukoppeln.

Panik 4: „Da die Anzahl der Menschen im Erwerbsalter abnehmen wird, müssen wir mit dem Zusammenbruch unserer Ökonomie rechnen.“

Auch diese Befürchtung ist grundlos, da wir einerseits von einer steigenden Erwerbsquote und andererseits von einem weiteren Anstieg der Produktivität ausgehen können.

Unsere gesamte Erwerbsquote liegt z.Zt. bei 72 % und ist damit deutlich geringer als in Ländern wie Schweden, Dänemark oder der Schweiz. Mit einem Anstieg können wir aus zwei Gründen rechnen: Zum einen ergeben sich Reserven aus der bei uns relativ geringen Erwerbsquote von Frauen. Und zum anderen ist erwartbar, dass das Eintrittsalter in den Ruhestand sich nach oben verschieben wird. Zugenommen hat nicht nur die allgemeine Lebenserwartung, sondern auch die Zeit, in der wir fit, gesund und leistungsfähig sind. Ein 70jähriger ist heute im Durchschnitt so fit wie 1965 ein 60jähriger. Außerdem hat sich der Anteil körperlich belastender Tätigkeiten deutlich verringert und wird sich weiter verringern. Die Verhältnisse gegenüber der Vergangenheit haben sich also grundlegend geändert. Ein Anstieg des Renteneintrittsalters ist deshalb möglich und sinnvoll und zwar nicht nur, um die Finanzierbarkeit der Renten zu sichern.

Nicht berücksichtigt bei dieser erwartbaren Zunahme der Erwerbsquote ist die Zuwanderung. Wir können dazu nur von wenig gesicherten Annahmen ausgehen, das betrifft sowohl die Quantitäten wie aber auch die Qualifikation der Zuwanderer. Beides wird davon abhängen, wie attraktiv Deutschland künftig sein wird, nicht nur

¹ Vgl. dazu Bosbach, G.: Demografische Entwicklung - kein Anlass zur Dramatik, Sozialforum Dortmund; <http://zope1.free.de/sofodo/themen/allgem-gesamt/hintergruende/>

unter ökonomischen, sondern auch unter kulturellen und sozialen Bedingungen. In dem Maße, in dem ausländerfeindliche Haltungen an Gewicht gewinnen und eine Abschottungsmentalität sich breit macht, werden wir kaum zu den Gewinnern der erwartbaren Migrationsströme zählen.

4.

Was aber sind dann die Chancen, die der demographische Wandel unserer Gesellschaft bringt? Einige davon habe ich bereits genannt:

1. Die Bevölkerungsdichte wird abnehmen – noch nicht auf einen Wert wie für Frankreich, aber doch spürbar. Wir werden weniger gedrängt leben müssen. Wir werden unsere Landschaften und die Natur vielleicht besser genießen können. Die Zersiedelung im Umkreis der Städte wird abnehmen. Die Bodenpreise werden sinken und der Traum vieler Deutschen, die Sehnsucht nach einem Häusle wird leichter realisierbar sein.
2. Der Arbeitsmarkt wird sich entspannen. Nicht so schnell, wie man vielleicht denken könnte, aber ab 2030 deutlich spürbar – mit einer Arbeitslosenquote, die dann bei nur noch 4 % oder darunter liegen könnte. Günstigere Chancen werden sich vor allem für Jugendliche und Berufseinsteiger ergeben. Die soziale Figur des arbeitslosen Akademikers wird es dann vermutlich nicht mehr geben.
3. Die Kriminalitätsrate wird vermutlich sinken. Das ergibt sich allein aufgrund des veränderten Altersaufbaus. Die höchste Kriminalitätsbelastung können wir immer in der Altersgruppe der Jugendlichen und Heranwachsenden beobachten. Die geringste Kriminalitätsbelastung in der Gruppe der über 60jährigen. Wenn die eine Gruppe zahlenmäßig ab- und die andere zunimmt, wäre auch eine Verringerung der Belastung durch Straftaten zu erwarten. Wir können also damit rechnen, dass wir in der Zukunft sicherer leben werden.

5.

Können wir uns denn nun zufrieden zurücklehnen? Gibt es nicht vielleicht doch Probleme und Herausforderungen, für die wir noch keine brauchbaren Lösungen haben? Das ist der Fall, aber ich möchte vorausschicken, daß keine dieser Herausforderungen zum Chaos oder gar zum Untergang führen wird. Diese Herausforderungen sind jedoch groß genug und wichtig genug, dass die Universitäten sich damit befassen sollten.

Herausforderung 1: Qualifizierung

Die Nachfrage nach qualifizierten Abschlüssen wird steigen, auch wenn die Einwohnerzahl und die Zahl der Menschen im Alter bis 25 Jahre abnehmen werden. Um eine hohe Produktivität zu sichern, um auf globalisierten Märkten konkurrenzfähig zu bleiben, um die Produktionsstruktur so zu verlagern, dass wir nicht mit Billiglohnländern konkurrieren müssen, sind hohe Qualifikationen für einen großen Teil unserer Bevölkerung wichtig, werden auch immer mehr den individuellen

Wünschen entsprechen und damit als Nachfrage nach Bildung in Erscheinung treten. Die Absicht, im Bildungssektor wegen der schrumpfenden Bevölkerung zu sparen, ist kurzsichtig. Das Gegenteil müsste erfolgen: eine Zunahme von Investitionen und Anstrengungen. Das gilt besonders auch für Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote für ältere Menschen. Ich denke, es ist deutlich erkennbar, wie die Universitäten hier künftig gefordert werden – aber in der gleichen Weise auch Berufsakademien und Fachhochschulen. Die Universitäten alleine können diese steigende Nachfrage nicht bewältigen – auch nicht nach Einführung der Bachelor-Studiengänge. Ohne einen massiven Ausbau der Berufsakademien und Fachhochschulen werden wir den Bedarf an hochqualifizierten Erwerbstätigen kaum bewältigen können.

Herausforderung 2: Regionale Disparitäten - es wird Regionen und Städte geben, in denen die Verringerung der Einwohnerzahl mit Anpassungsproblemen verbunden ist.

Das ist ein Prozeß, der schon seit einiger Zeit beobachtbar ist – in den alten Industrieregionen, im Kohlenpott, aber auch in vielen Regionen und Städten der neuen Bundesländer. Die Gründe für diese „schrumpfenden Regionen“ haben bis jetzt noch nicht viel mit dem demographischen Wandel zu tun – aber das wird sich wohl ändern und immer mehr Regionen werden davon betroffen sein. Was also sind die Anpassungsprobleme?

- Teure Infrastrukturen werden nicht mehr ausgelastet sein: Wasser und Abwasserversorgung, Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser
- Öffentliche Dienstleistungen verlieren ihre Kunden und müssen reduziert werden
- Wohnungen werden leer stehen
- Arbeitskräfte werden vielleicht fehlen

Insgesamt: es könnte sein, dass in bestimmten Regionen eine Abwärtsspirale in Gang gebracht wird und die im Prinzip mit dem demographischen Wandel verbundenen Chancen sich in ihr Gegenteil verkehren.

Für diese Entwicklungen werden Antworten gesucht. Vorschläge und Modelle, wie eine geglückte Anpassung möglich ist, wie in Regionen durch Umstrukturierungen, veränderte Leitbilder und neue Allianzen eine Abwärtsspirale verhindert werden kann. In diesen Prozeß können und sollten sich auch die Universitäten einschalten – z.B. die Stadtsoziologie oder die Kulturgeographie, aber auch die ökonomischen Fächer und die an technischen Hochschulen angebundene stadtplanungsrelevanten Disziplinen.

Herausforderung 3: Durch den demographischen Wandel hat eine Lebensphase an Bedeutung gewonnen, die in der Vergangenheit noch nicht dieses Gewicht hatte – weder gesamtgesellschaftlich, noch für die einzelnen Menschen.

Man kann hier von einer „4. Lebensphase“ sprechen. Das ist der Abschnitt unseres Lebens, in dem wir hilflos, gebrechlich und pflegebedürftig werden. Immer mehr

Menschen erreichen ein Alter, in dem die Wahrscheinlichkeit pflegebedürftig zu werden, recht hoch ist. Bei den 80- bis 90jährigen beträgt diese Wahrscheinlichkeit ca. 25 % bei den über 90jährigen sogar 60 %. Bei einer Lebenserwartung von rund 80 Jahren bedeutet das, dass sehr viele von uns – auch die wir hier sitzen - pflegebedürftig werden. Wir alle haben eine hohe Chance, ein Alter zu erreichen, in dem die Wahrscheinlichkeit für den Eintritt von Pflegebedürftigkeit überaus groß ist. Der Bevölkerungshistoriker Imhoff hat das so kommentiert: Nicht nur unser Leben hat sich verlängert, sondern auch unser Sterben.

Das ist für uns als Betroffene nicht besonders angenehm – für uns persönlich nicht, auch nicht für unsere Angehörigen und auch nicht für die Gesellschaft insgesamt. Über diese dritte Herausforderung könnte ich Ihnen mehr berichten, weil eine Reihe von Forschungsprojekten mit meiner Beteiligung sich damit beschäftigen. Die mir zugebilligte Zeit für das input-statement wird dafür aber nicht reichen. Deshalb nur ein paar Stichworte.

In einer Simulation für die Enquete-Kommission demographischer Wandel konnten wir zeigen, dass nicht nur die Zahl der Pflegebedürftigen sich bis 2050 mehr als verdoppeln wird, sondern dass parallel dazu das in der Gesellschaft vorhandene „informelle Pflegepotential“ (nichtberufliche Anbieter von Versorgungsleistungen) sich auf einen Wert von ca. 60 % gegenüber der gegenwärtigen Situation verringern wird – aufgrund folgender Entwicklungen:

- die Zahl der Menschen im pflegefähigen Alter wird abnehmen,
- immer mehr ältere Menschen werden allein leben,
- die Erwerbsquoten vor allem von Frauen werden deutlich zunehmen,
- immer mehr ältere Menschen können nicht damit rechnen, dass sie von eigenen Kindern versorgt werden.
- Die sozialen Milieus, in denen die größte Bereitschaft zur häuslichen Versorgung einer pflegebedürftigen Person besteht, verlieren im Zuge des sozialen – nicht des demographischen – Wandels zunehmend an Bedeutung.

Die bislang praktizierte Versorgung pflegebedürftiger Menschen durch die Familie – rund 70 % werden zuhause durch nahe Angehörige versorgt – wird in der Zukunft nicht mehr funktionieren.

Hier, zu diesem Thema, möchte ich Ihnen nun zeigen, wie die Uni experimentiert. Sie tut das in zweierlei Hinsicht:

1. durch neue Allianzen und Netzwerke und
2. indem sie in einer experimentellen Weise soziale Innovationen ausprobiert – die Gesellschaft gewissermaßen zum Labor macht

Wir haben in Freiburg einen "Forschungsverbund soziale Sicherheit im Alter" ins Leben gerufen: das Institut für Soziologie an der Universität, die Evangelische Fachhochschule für Sozialarbeit und das Freiburger Institut für angewandte Sozialwissenschaft. Diese Allianz verkörpert in hervorragender Weise wichtige und interessante Kompetenzen:

- die soziologisch-theoretischen Kompetenzen des Universitätsinstituts,
- die methodischen und empirisch-analytischen Kompetenzen des Freiburger Instituts für angewandte Sozialwissenschaft;
- die sozialrechtlichen und gerontologischen Kompetenzen sowie den Blick auf die Praxis der evangelischen Fachhochschule.

Unser Forschungsverbund hat in den vergangenen 10 Jahren vielfältige Forschungen durchgeführt; mit verschiedenen Akteuren zusammengearbeitet, ein Netzwerk entwickelt und zahlreiche Vorschläge in die Diskussion gebracht, um auf die Herausforderung einer steigender Pflegebedürftigkeit bei sinkendem informellen Pflegepotential Antworten zu finden.

Die "Uni experimentiert" ist in unseren Projekten aber auch anders – direkter zu verstehen: Wir führen ein Sozialexperiment durch – etwas, was in den Sozialwissenschaften eher ungewöhnlich ist.

In einem aufwändigen Forschungsprojekt untersuchen wir, wie sich eine von uns vorgeschlagene Innovation der Pflegeversicherung bewährt. Diese Innovation besteht darin, dass eine neue Leistungsart eingeführt wird – ein persönliches Pflegebudget. Dabei können Pflegebedürftige und ihre Angehörige frei aber zweckgebunden über einen Geldbetrag in Höhe der Sachleistungen verfügen. „Frei“ bedeutet, dass sie nicht an den mit den Pflegekassen vereinbarten Leistungskatalog gebunden sind. Das Ziel dieser Neuerung besteht darin, den zu erwartenden „Heimsog“ zu verhindern, die Qualität der Pflege und die Lebensqualität der pflegenden Angehörigen zu verbessern und auch neue Infrastrukturen, also Anbieter von Dienstleistungen anzuregen.

Das Projekt ist in der Sozialgesetzgebung verankert und wurde mit den Pflegekassen vereinbart, die auch die Kosten für das persönliche Budget und für die Begleitforschung übernehmen. Das Projekt wird als Sozialexperiment in sieben Regionen von Deutschland als Modellvorhaben durchgeführt und hat eine Laufzeit von 5 Jahren.

Die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse sind vielversprechend.

- abnehmende Belastung von pflegenden Angehörigen
- Trend zu einem "Pflege-Mix", zu einer stärkeren Beteiligung der "sonstigen Anbieter"
- Qualitätssteigerung – zunehmende Inanspruchnahme von Leistungen, die nicht bei Pflegediensten nachgefragt werden, aber wichtig für eine gelungene Pflege sind: Würde und Wellness, Betreuung, hauswirtschaftliche Hilfen

Natürlich lassen sich durch die Einführung einer neuen Leistungsart allein die erwartbaren Probleme nicht lösen. Wir haben dazu ein ganzes Bündel von Vorschlägen entwickelt, auf die ich hier aber nicht eingehen kann.

Ich habe Ihnen etwas ausführlicher über unser Projekt berichtet. Ich wollte zeigen, daß der Beitrag der Universitäten zur Lösung von Problemen nicht nur in einem abstrakten Sinne als wichtig empfunden werden kann, sondern daß er auch möglich ist. Dazu ist folgendes erforderlich:

- Wir müssen unseren Elfenbeinturm verlassen
- Wir müssen neue Allianzen suchen und dürfen keine Berührungängste und keinen Dünkel haben
- Wir müssen Netzwerke mit vielfältigen Kompetenzen und Beziehungen zur gesellschaftlichen und politischen Praxis herstellen
- Wir müssen offen sein, ein waches Interesse an gesellschaftlichen Herausforderungen haben und das auch unseren Studierenden vermitteln

Kritische Texte im Internet zum demografischen Wandel:

Afheldt, H.: 65 Millionen reichen auch. Besser leben in Schrumpfgermanien? Wenn die Einwohnerzahl zurückgeht, ist das keine Katastrophe;
http://zeus.zeit.de/text/archiv/2001/21/200121_einwohnerschwund.xml

Bosbach, G.: Demografische Entwicklung - kein Anlass zur Dramatik; Sozialforum Dortmund; <http://zope1.free.de/sofodo/themen/allgem-gesamt/hintergruende/>

Butterwegge, Chr.: Falsche Fronten. Altersübergreifende Solidarität oder "Kampf der Generationen"? <http://www.oeko-net.de/kommune/kommune01-01/zzbutter.htm>

Herrmann, U.: Die Katastrophe als Chance - taz 16.2.2006;
<http://www.taz.de/pt/2006/02/16/a0197.1/textdruck>

Joffe, J.: Kinderschwund - na und? Deutschland ist überbevölkert;
<http://zeus.zeit.de/text/2006/13/DEUTSCHE>

Schwentker, B.: Aussterben abgesagt. Deutschland hat die Demografie entdeckt – und mit ihr die demografische Katastrophe. Viele Forscher sehen gar keinen Grund zur Aufregung; http://zeus.zeit.de/text/2006/24/Demografie-1_xml